

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Max Baumbach, Dresden, Postfach 10000
Redaktion: Postfach 10000
Druck: Max Baumbach, Dresden, Postfach 10000

Druckpreis bei halbjährlicher Bestellung monatlich 2.00 Mk. (einschl. Porto) für den Abnehmer, durch Postweg 2.50 Mk. einschließlich 24 Wp. Verlagspreis (ohne Postgebühren) bei 7 mal wöchentlichem Erscheinen. Einzelnummer 15 Wp., außerorts 20 Wp. Kassenpreis: Die einseitige 30 mm breite Seite 25 Wp., für anderwärts 40 Wp., bis 20 mm breite Seitenzahl 100 Wp., außerorts 150 Wp. abg. Anzeigenpreis lt. Tarif, Belegstellenpreise und Stellungspreise ohne Rabatt 15 Wp., außerorts 25 Wp. Offiziellgesetzlich 20 Wp. Nichtamtliche Aufträge gegen Vorkassezahlung.

Verlag: Max Baumbach, Dresden, Postfach 10000
Kassendruck mit bestmöglicher Ausstattung
(Dresden, Markt) 10000. Unveränderte
Schriftgröße werden nicht aufbewahrt

Regierungserklärung des Kabinetts Papen

Gegen Sozialismus und atheïstisch-marxistisches Denken - Für kraftvolle nationale Staatsführung

Maßnahmen zur Sicherung des Staatsbedarfs

Schnelle Klärung

Berlin, 4. Juni. Die Regierungserklärung des Kabinetts von Papen hat folgenden Wortlaut:

In einer der schwersten Stunden der Vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt. Das deutsche Volk steht in einer feilschen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg begangen werden soll, sind ungeheuer.

Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die feilschen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und handhabenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichskanzler Dr. Brüning hat als Erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die und in erster Linie der Verfallener Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Schwierigkeiten der Parlamentarismus gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen: Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Verwehrens und der Wehrkraft aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung - Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Kräfte der Nation - ist aber schwache Ansätze gemacht worden. Die Sozialverhältnisse stehen vor dem Bankrott. Die ständig gemachte Arbeitslosigkeit zehrt trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Marke des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen des Arbeitnehmers wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt.

Sie haben ihm Aufgaben zuerkannt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verstärkt durch den unheiligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein freigeschüttetes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden. Zu tief ist schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens die

Zerlegung des atheïstisch-marxistischen Denkens eingedrungen, weil die feilschen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Wege der Kompromisse um der Parteilichkeit willen gewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine

klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der

unveränderlichen Grundzüge der feilschen Weltanschauung aufzubauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung gegenüber der Nation, die Leistung der Geschichte des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land, unverzüglich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist

die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Maßnahmen zu erkennen.

Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

Auf außenpolitischem Gebiete

ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus dem im Gange befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise.

Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele. Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen

unserem Vaterlande endlich volle Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit völliger Gesundung zu verschaffen.

Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Freiwillig können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Störungen auf dem Gebiete des Geld- und Kapitalverkehrs und des Warenverkehrs, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beseitigen.

Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitwirken bereit sein, die diesem Ziele dienen. Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Vertretung unserer nationalen Interessen, aber die des Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die

Herbeiführung der innerpolitischen Klarheit.

Nach allen diesen Gründen hat sich der Herr Reichspräsident entschlossen, dem Antrage der Reichsregierung zuzustimmen, den Reichstag aufzulösen. Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die feilsche und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands, führen.

Mit der Reichstagsauflösung als erster Regierungshandlung zeigt das Kabinett Papen, daß es nicht nur neue Männer, sondern auch einen neuen politischen Willen mitbringt. Es ist ersichtlich, zu sehen, wie in zwei Tagen, ohne Zögern und Parlamentieren, ohne Vermittlungsversuche bei den widerspenstigen Parteien, kurz entschlossen die Klärung herbeigeführt wurde. So radikal hatten sich die schwarz-roten Stützen des Brüningsystems die Lösung nicht gedacht, als sie nach seinem Sturz ihrem Verger in allen Formaten der Opposition Luft machten. Insbesondere die Zentrumsleute sind jetzt von allen Sorgen befreit, ob sie ihre Kriegserklärung gegen den Parteifreund Papen bis zum Zusammentritt des Reichstags nicht besser in abwartende Stimmhaltung umwandeln sollen. Die strikte Entlassung der Reichsboten mit Einschreibebrief klärt alle Zweifel.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben durch diesen Entschluß zwei Gefahren mit einem Schlage beseitigt. Den Verhören über dunkle Staatsstreikhelme, aber die Errichtung einer Militärdictatur unter dauernder Aufsichtung der Volkvertretung, wird durch die offensichtliche Einhaltung des verfassungsmäßigen Weges der Wahlen entzogen. Und gleichzeitig wahrt sich die Regierung die volle Autorität, die sie für die bevorstehenden außenpolitischen Verhandlungen braucht, indem sie den Reichstag gar nicht mehr bemüht und sich von diesem Parlament, das längst das Recht zum Urteilen verwirkt hat, kein Urteil mehr sprechen läßt. Sie geht als reine Präsidialregierung aus Werk und als Treuhänder des Reichstages, der dem gestern aufgelöst worden ist. Nicht von vergangenen Gewalten geführt und in ihrem Auftrag geschäftsführend, sondern wendebereitend für das neue Deutschland.

Nach der Verkündung des Auflösungsdekretes stehen wir am Beginn des größten und entscheidendsten Wahlkampfes, den wir je erlebt haben. In dieser Lage ist es geboten, die Frontlinien klar zu halten und eine Vernebelung des politischen Geländes zu verhindern. Dazu gehört die Klärung über die Gründe, die so schnell zur Reichstagsauflösung geführt haben, weil sich aus ihnen von selbst die Parolen für den Wahlkampf und die Entscheidung ergeben. Schon beginnt die Linke, die den Auflösungsbeschluss als einen Schlag ins Gesicht empfindet, den Reichspräsidenten in den Mittelpunkt der Erörterungen zu ziehen und ihm unsichere, ja sogar parteiliche und persönliche Motive für diesen Schritt zu unterstellen. Der Ton heuchlerischer Vohndelerei für das Staatsoberhaupt, der noch vor zwei Monaten angeschlagen wurde, ist plötzlich ins Gegenteil umgeschlagen. Man mag sich zwar noch nicht mit den Beschimpfungen heraus, die 1925 gegen Hindenburg gema und gäbe waren, aber derselbe Mann, der vor einigen Wochen als Hüter der Verfassung und als der einigste große Alttoppen Deutschlands in der Welt gefeiert wurde, gilt ihnen bereits als eine fragliche und verdächtige Größe. Sie erheben „Anspruch an den Mann, dem wir unsere Stimme gegeben“ und unterstellen ihm gleichzeitig, daß er Brüning Sturz und in der Folge die Reichstagsauflösung herbeigeführt habe wegen Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Diktatur und Stelbelung, bei deren Beurteilung er sich als ohrfeuchlicher Gutdschreiber von Privatinteressen habe leiten lassen. Was die nationale Opposition in ihrer Einstellung gegen Hindenburg während des Präsidentschaftskampfes sorgfältig vermieden hat, die Antastung seiner Person und seiner Ehre, das wird hier skrupellos und ohne Rücksicht auf die Folgen getan. Und gleichzeitig wird die größte Wühlflut in die Welt gesetzt; denn die Meinungsverschiedenheiten über die agrarischen Diktaturen waren ein ganz untergeordneter Punkt in jener Sonntagssprache zwischen Hindenburg und Brüning. Die Gegenläufe, aber die es zum Bruch kam, lagen auf ganz anderen Gebieten. Hindenburg forderte von Brüning einen grundsätzlichen inneren Kurswechsel, Aufgabe der Vorkriegsorientierung und Einstellung des Feldbauges gegen die nationale Bewegung. Zur Bekräftigung dieses Willens wählte er sich, seinen Namen unter eine Rotverordnung mit neuen Steuererschöpfungen zu setzen, die das Gegenteil von dem enthielten, was Brüning in seinen Wahlreden für Hindenburg dem Volk versprochen hatte. In beiden Punkten

Die Reichstagsauflösung vollzogen

Der Wortlaut der Verordnung

Berlin, 4. Juni. Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.

Berlin, den 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident: gez. v. Hindenburg.
Der Reichskanzler: gez. v. Papen.
Der Reichsminister des Innern: gez. Freih. v. Gayl.

Der Termin für die Wahlen zum Reichstage wurde noch nicht festgelegt, weil sich der Reichsinnenminister erst mit den Ländern in Verbindung setzen muß. In Betracht kommt wahrscheinlich nur der 24. oder 25. Juni.

Die Berufung von Papens

Eine Antwort auf das Schreiben des Prälaten Kaas
Berlin, 4. Juni. Zu den Ausführungen, die Prälat D. Kaas in seinem geführten, an den Herrn Reichskanzler gerichteten Schreiben über „Din und Der seiner Erklärungen“ gemacht hat, gibt die Reichskanzlei folgende Darstellung:

Herr v. Papen hatte, bevor er sich zu dem Herrn Reichspräsidenten begab, eine Aussprache mit Herrn Prälaten Kaas über die Stellung der Zentrumspartei zu einer gegebenenfalls an ihn zu richtenden Berufung durch den Herrn Reichspräsidenten. Hierbei erklärte Herr D. Kaas,

es sei für die Deutsche Zentrumspartei ausgeschlossen, daß eines ihrer Mitglieder die Führung der neu zu bildenden Regierung oder einen Sitz in ihr übernehme.

Ein solcher Schritt würde die Trennung von der Partei bedeuten. Herr v. Papen erwiderte, daß damit die Voraussetzung fortfalle, unter der ihn der Herr Reichspräsident wahrscheinlich berufen habe: Eine Entzweiung zwischen den in der Zentrumspartei organisierten Kräften und der politischen Rechte herzustellen. Er werde daher einen in diesem Sinne an ihn gerichteten Auftrag ablehnen.

Herr v. Papen hat sodann in der darauf stattfindenden Besprechung dem Herrn Reichspräsidenten von dem Inhalt dieser Unterredung Kenntnis gegeben und den Herrn Reichspräsidenten gebeten, von seiner Berufung Abstand zu nehmen.

Erst nachdem der Herr Reichspräsident Herrn v. Papen erklärte, daß er ihn nicht in seiner Eigenschaft als Parteimann, sondern als Deutscher gerufen habe, und daß es an sein vaterländisches Gewissen appelliere, sich in dieser schweren Stunde ihm nicht zu verweigern, hat Herr v. Papen die Berufung angenommen. Von dieser Entscheidung hat der Herr Reichskanzler Herrn Prälaten Kaas unmittelbar nachher Kenntnis gegeben.

Heute beginnt unser
neuer Roman